



Liebe Leser:innen,

in Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor - doch das liegt leider eher daran, dass private Super-Vermögen explodieren und weniger an einer Steigerung des öffentlichen Wohlstands. Im Gegenteil: Dass die Lage vor Ort nicht besser wird, merken viel zu viele in ihrem Alltag. Die Beispiele für Unterfinanzierung sind leider schon viel zu virulent und auch die Dringlichkeit einer kommunale Finanzwende habe ich in diesem Newsletter häufig aufgezeigt. Doch ist von dieser noch immer keine Spur - die Bundesregierung führt lieber Scheindebatten über das Stadtbild und wird prompt von den Oberbürgermeister:innen aller Landeshauptstädte darauf hingewiesen, was wirklich helfen würde.

Statt leerer Ankündigungen wie dem ominösen "Zukunftspakt", bräuchte es sofort mehr Steuermittel und Entlastung der kommunalen Sozialausgaben.

Dabei ist es mir auch wichtig, immer wieder zu betonen, dass Vermögen eben schlecht verteilt ist in der Bundesrepublik. Es könnte viel mehr in den Händen unserer Kommunen stecken statt bei den reichsten 200 Familien in Deutschland, die wieder neue Rekordwerte verzeichnen. Wenn die reichsten 1% unserer Gesellschaft so viel Vermögen kontrollieren wie die ärmere Hälfte der Gesellschaft, dann braucht es gute Gegenmaßnahmen - das habe ich auch anlässlich des Armuts- und Reichtumsberichts [nochmal gegenüber T-Online](#) betont.

Auch auf der BDK setzen wir genau diese beiden Punkte mit Anträgen, die beides nochmal aufgreifen: die [kommunalen Bedarfe auf der einen Seite](#) und die [riesigen Besteuerungslücken auf der anderen](#).

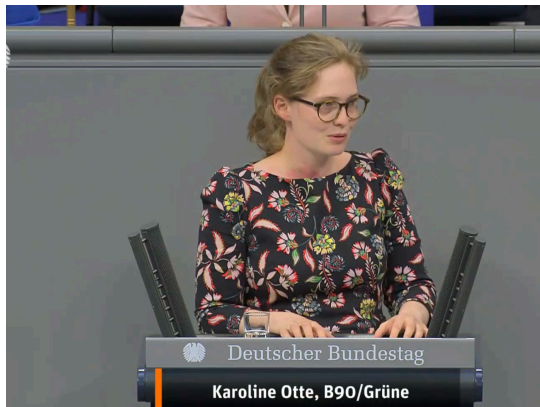
Im Bundestag machen wir diese Woche ebenfalls mit dem Antrag, den ich federführend mit verfassen durfte, einen Vorschlag, der umgehend für Entlastung sorgen würde und vieles beinhaltet, was die Bürgermeister:innen fordern - die Debatte dazu läuft [hier](#) ab Freitag um ca. 13:00 Uhr - schaltet

gerne ein.

Für eine (kommunale) Finanzwende!

Viele Grüße

Karo



Rede zum Tag der Deutschen Einheit

Auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland ungleich – besonders beim Vermögen. Ein Drittel des Privatvermögens gehört dem reichsten 1 %, fast ausschließlich im Westen. Seit 2001 haben sich die Vermögen der 100 reichsten Deutschen verdreifacht, nur einer davon lebt im Osten. Gleichzeitig schrumpft der öffentliche Kapitalstock in Städten und Gemeinden – sichtbar an maroden Straßen, geschlossenen Gemeindezentren und gestrichenen Buslinien. Darüber spreche ich in meiner Rede im Bundestag anlässlich der Wiedervereinigung.



Ukrainer:innen Bürgergeld zu streichen ist rechtspopulistische Quatschpolitik!

Die Bundesregierung plant, geflüchteten Ukrainer:innen künftig nur noch Asylbewerberleistungen statt Bürgergeld zu zahlen. Das heißt: Weniger Unterstützung für die Menschen und höhere Kosten für Kommunen, die einen Großteil tragen müssten. Offiziell soll der Staat sparen, faktisch steigen die Kosten sogar. Statt Solidarität gibt es Abschreckung – auf Kosten der Menschen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Darüber habe ich mit der taz gesprochen.

[Mein Statement im Artikel](#)



Oberharzer Bergwerksmuseum Petition

Das Bergwerksmuseum in Clausthal-Zellerfeld ist ein Herzstück des Harzes. Es ist nicht nur UNESCO-Welterbe, es zeigt auch die Geschichte der Region und ihrer Menschen. Dazu fungiert es als Ort der Zusammenkunft und Identitätsstiftung, was Demokratie und unser friedliches Zusammenleben fördert.

Hier unterschreiben



Angriff auf die Demokratie: Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland

In trauriger Regelmäßigkeit missbraucht die AfD das Bündheimer Schloss in Bad Harzburg für ihre rechte Propaganda, für Hass und Hetze. Nun holt sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis den Raum zurück und lädt zu Gespräch und Diskussion in das Bündheimer Schloss am 17. November um 19 Uhr ein. Diskurs und Debatte statt Hass und Hetze.

Mehr Infos

Infos, Veranstaltungen und Seminare

Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt

Die Initiative Kulturelle Integration (IKI) – ein Bündnis von 28 Vertreter:innen aus Sozialpartnerschaft, Religionsgemeinschaften, Medien, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – ruft zum bundesweiten Aktionstag „Zusammenhalt in Vielfalt“ am 21. Mai 2026 auf. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist Teil der Initiative. Ziel ist es, viele bunte Zeichen für den Zusammenhalt in einer freien und vielfältigen Gesellschaft zu setzen. Ob Diskussionsrunde, Sportturnier, Kunstperformance, interreligiöses Fest oder kulinarischer Abend – alles, was sich unter dem Motto „Zusammenhalt in Vielfalt“ verbinden lässt, ist willkommen. Mehr Informationen und wie sich Kommunen beteiligen können finden sich hier:

[Mehr Infos und Anmeldung](#)

Online-Veranstaltung: Stark im Umgang mit Konflikten

Viele kommunal Engagierte müssen mit Konflikten unterschiedlicher Art umgehen. Anfeindungen als "Lohn" für Kommunalpolitik sind leider keine Seltenheit. Was passiert, wovon hängt das ab? Und was können wir dem entgegensetzen? Wie schützen und stärken wir uns? Wie können wir die demokratische Debattenkultur unserer Kommunen stärken?

Die Heinrich-Böll-Stiftung lädt am 10. November von 16-18 Uhr zu einem fachlichen Austausch mit Konflikt-Profis ein. Die Veranstaltung richtet sich an Kommunalpolitiker:innen und andere Engagierte in kommunalen Initiativen.

[Melde dich hier!](#)

Neuer Förderaufruf: Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“

Die Bundesregierung hat vor wenigen Wochen die Sportmilliarde gestartet und dafür das neue **Förderprogramm Sanierung Kommunaler Sportstätten (SKS)** ins Leben gerufen. Das SKS ersetzt das frühere Programm SJK, das nicht fortgeführt wird.

Meine Einschätzung dazu und weitere Infos findet ihr im Beitrag auf meiner Website.

Zum Artikel

Aktion „1000 Stimmen für kommunale Entwicklungspolitik“ – lokales Engagement mit globaler Wirkung

Initiiert von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und unterstützt vom Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), sammelt die Aktion „1000 Stimmen für kommunale Entwicklungspolitik“ persönliche Statements von Menschen, die sich in ihrer Kommune für entwicklungspolitische Themen engagieren. Mittlerweile haben viele Akteure aus Mitgliedskommunen des DStGB bereits ihr Statement abgegeben.

Ziel der Aktion ist es, das vielfältige Engagement sichtbar zu machen und die Bedeutung kommunaler Entwicklungspolitik zu unterstreichen. Denn gerade auf lokaler Ebene können wichtige Impulse für globale Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Gerechtigkeit oder nachhaltige Wirtschaft gesetzt werden.

Zur Aktion

Aufsuchende Energieberatung

Dieses Angebot soll sich an die Besitzer:innen von Ein- und Zweifamilienhäusern richten. Es soll eine unabhängige Energieberatung vor Ort bereitgestellt werden, ohne Verkaufsabsichten oder andere Einflüsse, die eine neutrale Beratung beeinflussen. **In Hessen läuft bereits erfolgreich**, was ihr mit diesem Antrag zur aufsuchenden Energieberatung auch in euren Kommunen anstoßen könnt.

Zum Antrag

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)